

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 23 • 36. Jahrgang

Berlin, den 7. Juni 1930

### Um Arbeit und Brot

Die Kundgebung der Gewerkschaften für den Schutz der Arbeitskraft und gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik

Eine große Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fand am 30. Mai statt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund hatten dazu eingeladen. Neben den Führern der Gewerkschaften und Freunden der Gewerkschaftsbewegung hatte auch die Regierung, an der Spitze der Reichsarbeitsminister Stegerwald, eine starke Vertretung entsandt.

Das einleitende Referat hielt Franz Spliecht, Leiter der sozialpolitischen Abteilung des DGB. Der Referent führte u. a. folgendes aus: Auf breiter Front erfolgt in letzter Zeit ein Angriff auf die Sozialversicherung. Man fordert nicht nur Abbau der Arbeitslosenversicherung, sondern auch der übrigen Versicherungsrichtungen. Diese Bestrebungen zeigen deutlich, daß Deutschland vor dem Abgrund großer ausgedehnter Kämpfe steht. Wenn der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie der Meinung ist, daß Elemente über die Gestaltung der Wirtschaft bestimmen, die nicht genügend fachverständig sind, so muß darauf verwiesen werden, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen und Vorschlägen Wege gewiesen haben, die gangbar waren und zum Ziele geführt hätten. Neben den Angriffen auf die Sozialversicherung geht ein Angriff auf das Lohnniveau einher. Wenn die Arbeitslosenversicherung an das Reich so stark verhuscht ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung noch ein unrationell arbeitender Bewerksamtsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die große Arbeitslosigkeit dafür verantwortlich zu machen. Verschiedene Paragraphen der Arbeitslosenversicherung sind zu wahren Schanden der Arbeitslosen geworden. Wenn der Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärt hat, es müsse dafür gesorgt werden, die antisozialen Elemente vom Arbeitsnachweis zu verdrängen, so muß man sich darüber klar sein, daß damit Ungerechtigkeiten verbunden sind. Das Bestreben geht aber darauf hinaus, das Versicherungsprinzip zu verdrängen und durch die Bedürftigkeitsprüfung zu ersetzen. Das ist die Entscheidung vom Recht zum Almosen. So lange die Befreiung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitsuchenden in den Produktionsprozeß nicht gelingt, ist es vornehmste Pflicht des Staates, diese Lasten zu tragen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schiefhändiger Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Der Redner wandte sich ganz entschieden gegen die schiefen Darstellungen in der Presse. Selbst angesehene Zeitungen öffnen ihre Spalten diesem und jenem Anonymus. Die Aufnahme einer Klagestellung wird von dieser „objektiven“ Presse in der Regel abgelehnt. So kneift die feige Kanaille! Ein sogenanntes neutrales Korrespondenzbüro nehmen hat es sogar übernommen, den Zeitungen Material gegen die Sozialversicherungsanstalten zu liefern. Aus einem gewissen Fonds wird dieser Korrespondenz für jede Klage, die Aufnahme gefunden hat, 10 M. bezahlt. Wenn man schon zu solchen Mitteln greifen muß, dann ist es wirklich faul um die Sache bestellt. Mit dem Abbau der Leistungen verbinden sich nicht gerade zufällig die Angriffe der Unternehmer auf die Lohnhöhe der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften werden niemals anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaufkraft eintreten soll. Nur gestärkte Kaufkraft kann der deutschen Wirtschaft einen gesunden Auftrieb geben. Den Bestrebungen nach Verschlechterung der Sozialversicherung wird seitens der Gewerkschaften der allergrößte Widerstand entgegengesetzt werden.

### Das Problem von der Wirtschaft aus gesehen

Hatte der erste Referent des Tages die Krisenersehnungen und den notwendigen Schutz der Arbeitskraft von der sozialpolitischen Seite her behandelt, so untersuchte Kollege Wilhelm Eggert das Problem von der wirtschaftlichen Seite her. Den vorzüglichen Ausführungen lag folgender Gedankengang zugrunde: Wirtschaftskrisen verbunden mit Massenarbeitslosigkeit sind nichts anderes, als Begleiterscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die jetzige Krise ist durchaus kein Naturereignis. Die niedergehende Wirtschaft wird durch nachstehenden Widerspruch treffend beleuchtet: Im Vorjahre 3 Millionen Arbeitslose auf der einen Seite und eine in vollem Betriebe befindliche Produktion auf der anderen. Somit befindet sich der Krankheitskeim der Wirtschaft nicht in der Produktion, sondern im Arbeitsmarkt. Die Gewinnstatistik zeigt, daß 1929 dieselben finanziellen Ergebnisse zu verzeichnen waren als 1923. Die Ursachen der augenblicklichen Krise liegen einestheils in den falschen Rationalisierungsmaßnahmen, der verkehrten Zollpolitik, in der Preispolitik der Kartelle und besonders in der rücksichtslosen Droßelung der Auslandskredite. Die großen öffentlichen Aufträge könnten krisenmildernd wirken, wenn sie entsprechend eingesetzt würden. Das Gegenteil ist aber der Fall. Eine Lohnsenkung, wie beabsichtigt, bedeutet Einengung der Kaufkraft des Binnenmarktes. Die Produkte der deutschen Wirtschaft werden zu vier Fünfteln im Lande selbst abgesetzt. Es liegt nichts näher, als hier die Hebel anzusetzen, um zu einer Milderung der Krise zu kommen. Auf der anderen Seite soll man aber die Wirtschaftslage nicht schwärzer malen als sie ist. Auch heute gibt es noch Industriezweige, denen es sehr gut geht. Die Lebenshaltung der Erwerbslosen muß unter allen Umständen sichergestellt werden. Dies kann geschehen durch ein Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung. Ein allgemeiner Preisabbau kann der Wirtschaft einen lebhaften Impuls verleihen. Alle Anstrengungen mühten darauf gerichtet werden, wertschöpfende Arbeit zu vermitteln. Dies ist möglich, wenn man im Sinne der Gewerkschaftsforderungen zu handeln sich entschließt.

### Die Ansicht des Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald benutzte die Gelegenheit, um zu den angegriffenen Problemen Stellung zu nehmen. Er ging aus von der gegenwärtigen Weltkrise, die in den großen strukturellen Wandlungen in der Weltwirtschaft ihre Ursache hat. Die Produktionsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sind dem Bedarf weit vorausgeeilt. (Aus dieser Erkenntnis müßte der Minister auch schließen, daß der Bedarf zweifellos befriedigt werden kann, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Num. d. R.) Stegerwald kam dann auf die Krisen der Landwirtschaft, auf die Verknappung des Kapitalmarktes u. zw. zu sprechen. Die Kapitalnot ist groß, denn um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigten zu können, sind etwa 6 Milliarden Mark notwendig. Bei 70 Milliarden Mark Volkseinkommen entfallen 46 Milliarden auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden. Deutschland gibt aus für Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenfürsorge 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder 20 Proz. des Volkseinkommens oder 30 Proz. der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Proz. des Einkommens, das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen. Die Reichsregierung hofft, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 000 bis 150 000 Arbeitern Arbeit und Brot

verschaffen zu können. Für die übrigen Arbeitslosen muß gesorgt werden.

### Spezialkrisen und Spezialkämpfe

Die Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung der in den Hauptreferaten vorgebrachten Forderungen und Vorschläge. Zugleich waren sie eine schwere Anklage gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik, wie sie in Deutschland geübt wird. Der Vorsitzende des deutschen Bauergewerksbundes, Nikolaus Bernhardt, befaßte sich in erster Linie mit der Krise auf dem Bauernmarkt. Seitdem es eine Organisation der Bauarbeiter gibt, hat es noch niemals ein solches Elend unter den Bauarbeitern gegeben wie gegenwärtig. Mehr als 600 000 Bauarbeiter aller Berufe sind arbeitslos. Im Vorjahr haben 100 000 Bauarbeiter noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit gehabt. Diese Zahl wird sich auf mindestens 250 000 in diesem Jahre erhöhen. Der Bauergewerksbund hat vom 1. Oktober 1929 bis 1. April 1930 rund 11 Millionen Mark für Unterstützungen aufgewandt. Nach eingehenden Berechnungen haben die Bauarbeiter ein Jahreseinkommen von 1676 M. Es ist höchste Zeit, daß etwas gegen diese Katastrophe geschieht. Die heutige Kundgebung muß als SOS-Ruf der großen Gefahr gelten. Der Kollege Schüller vom Textilarbeiterverband beleuchtete die Verhältnisse in der Textilindustrie. Auch hier Massenelend unter der Arbeiterschaft. Dabei wird die Rationalisierung in der Textilindustrie noch weiter durchgeführt. Die Mechanisierung geht so weit, daß ein Arbeiter bis 16 mechanische Webstühle bedienen muß. Kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit so mächtig anschwillt. Recht treffende Ausführungen machte Dr. Croner als Vertreter des Metall-Bundes. Die Angestellten fühlen sich mit den Arbeiterverbänden durchaus solidarisch im Kampfe gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die von den privaten Angestelltenverbänden gemachten Vorschläge zielen darauf hinaus, aus der Arbeitslosenversicherung eine veredelte Armenfürsorge zu machen. Letzten Endes sind sie Handlangerdienste für die Reaktion.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alwin Brandes, ging in seinen Ausführungen auf die Konflikte in der Schwerindustrie ein. Es ist bezeichnend, daß stets jeder Generalangriff auf Löhne oder Arbeitszeit von der westdeutschen Schwerindustrie zuerst angezettelt wird. Alle anderen Zweige der Wirtschaft sollen dann zu gleichem Vorgehen veranlaßt werden. So auch jetzt wieder. Eine Senkung der Eisenpreise ist notwendig. Andere Länder sind in dieser Beziehung schon längst vorangegangen. Die hohen Eisenpreise sind um so weniger berechtigt, weil die Erzpreise, die Frachttarife, die Schrottpreise usw. wesentlich niedriger stehen. Zu dem verbilligten Rohmaterial kommen noch die Wirkungen der Rationalisierung. Der Werksaufbau seitens großer Konzerne führt zur Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte. Eine Lohnsenkung würde die Wirkung der Preislenkung völlig aufheben. Die gleichen Kräfte, die ein einmaliges Notopfer für die Besessenen absehen, sind aber damit einverstanden, daß die schlechtbezahlten Arbeiter der Schwerindustrie ein dauerndes Lohnopfer von 10 Proz. bringen sollen. Die Arbeiterschaft kann sich das nicht gefallen lassen. Der Reichsarbeitsminister ladet eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er diesen Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Der Vorsitzende der Versammlung, Peter Grafmann, faßte zum Schluß den Ernst der Situation noch einmal zusammen. Die Arbeiterschaft werde jetzt alle Kräfte zusammenfassen, um in den kommenden Stürmen bestehen zu können. Wenn es keine Gewerkschaften gebe, so müßten sie in dieser Zeit geschaffen werden, da ohne sie der Arbeitende sowohl als der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zertrümmet würden. Es liegt nur an der Regierung und an den Unternehmern, ihr Möglichstes zu tun.

# Als Arbeitsloser im Verband

II.

## Die materielle Hilfe des Verbandes

Wenn die kapitalistische Klasse und ihr Nachtrab mit allen Mitteln danach strebt, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, so hat jeder Arbeiter, der, wie ich selbst, lange Zeit arbeitslos war, das gute Recht, eine solche Absicht als unglaublich gemein zu bezeichnen. Ich bekam als alleinstehender Arbeitsloser eine wöchentliche Unterstützung von etwas über 15 M. Die Kollegenschaft wird es selbst wissen, wie verzweifelt armjelig ein Mensch leben muß, der nicht mehr als diesen Betrag zu verleben hat. Von allen materiellen Freuden des Daseins erlebte ich als Arbeitsloser das traurige Gegenteil. Vom dauernd schiefen Absatz an den Schultern bis zum dauernd unterernährten Körper, vom halberfüllbaren Anzug bis zur kalten Dachbude gibt es kaum eine Schattenseite des Lebens, die der längere Zeit Arbeitslose nicht durchzumachen hat. Man soll seine Augen nicht vor der jüchlerischen Not unter den Arbeitslosen verschließen. Ich habe ehrbare Kollegen angetroffen, die, gleich mir lange Zeit arbeitslos, mit halb ernt-, halb Iherzhast gemeint jagten: ein guter Einbruch könnte uns noch retten. Oder Kolleginnen, die Iherzhast von dem reichen Freund sprachen, den sie sich zulegen müßten. Und ich habe häufig genug, wenn auch nicht gerade unter der engeren Kollegenschaft, beobachtet, daß aus anfänglichem Scherzen später bitterer Ernst geworden ist. Unter all den Ursachen, die für Kriminalität, Prostitution und ähnliche Erscheinungen verantwortlich zu machen sind, steht die Arbeitslosigkeit — das ist hinreichend bekannt und bewiesen — nicht an letzter Stelle.

Wenn ich wenigstens von den allergrößten Nöten und Entbehrungen der Arbeitslosigkeit in etwas verschont blieb, so verdanke ich das in hervorragendem Maße meiner Zugehörigkeit zum Verband. In den ersten Monaten meiner Arbeitslosigkeit bezog ich neben der staatlichen Arbeitslosenunterstützung die mir statutarisch zustehende Arbeitslosenunterstützung des Verbandes. Da ich immerhin schon eine Anzahl von Jahren ununterbrochen dem Verbande angehörte, blieb die Verbandsunterstützung hinter der staatlichen Unterstützung nicht weit zurück, so daß ich in den ersten Monaten keine besonders drückende Not zu leiden brauchte. Was es bedeutet, einige Monate lang vor der ärgsten Not gesichert zu sein, habe ich erst später voll ermaßen können, als mein Unterstützungsanspruch an den Verband erschöpft war. Es soll hier und dort vorgekommen sein, daß dieser oder jener von den Unterstützungsleistungen des Verbandes geringschätzig gesprochen hat. Obwohl ich sicherlich nicht böse geworden wäre, hätte mich der Verband noch besser unterstützt, kann ich für derartige Herabsetzungen nicht das geringste Verständnis aufbringen. Entweder sind solche Kritiker der Auffassung, der Verband sei lediglich eine Unterstützungsvereinigung — und damit würden sie eine erschreckende Kenntnis der tariflichen und sozialpolitischen Aufgaben einer freien Gewerkschaft verraten —, oder sie haben im Leben noch nicht am eigenen Leibe erlebt, daß die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes für den Arbeitslosen das selbe bedeutet, was dem Soldaten im Ernstfälle die eiserne Ration war.

Obgleich sich meine wirtschaftlichen Verhältnisse nach Ablauf der Verbandsunterstützung wesentlich verschlechterten, befand ich mich gegenüber den unorganisierten Leidensgenossen immer noch sehr im Vorteil. Die im Verband gepflegten geselligen Beziehungen zu den engeren Berufskollegen brachten es mit sich, daß mir hier und dort wertvolle Hilfe und Erleichterungen zu teil wurden. Oft genug haben verheiratete Kollegen im Kreise ihrer Familie ihr Abendbrot und die behagliche Wärme einer freundlichen, familiären Geselligkeit mit dem notleidenden Kollegen geteilt, und oft genug habe ich mit Behagen die von den fleißigen Händen einer Kollegenfrau gewaschene Wäsche angezogen. Solche Hilfe, von Menschen angeboten, die einem auf generische Einwürfe entgegneten: „Ans kann's auch mal schlecht gehen; dann hilft tu uns!“, konnte nicht abgelehnt werden. Solche Hilfe ta dem natürlichen Selbstbewußtsein keinen Abbruch, Sie tat wohl.

Auch in anderer Hinsicht habe ich die unfähbaren Vorteile der Verbandszugehörigkeit kennengelernt. Wie frohlos hätte ich die Weihnachtsfeierstage verleben müssen, hätte mir nicht die Sonderunterstützung des Verbandes und der Zahlstelle die Mittel gegeben, diese Tage in bescheidenem Genießen zu verbringen. Dadurch wurde ich geldlich „stark“ genug, die erforderliche „Diat“ einzuhalten und nach langer Zeit wieder einmal die Kosten für den Besuch einer künstlerischen Veranstaltung zu erwahnen. Aberhaupt wurde mir durch den Verband direkt oder indirekt oftmals Gelegenheit gegeben, bildende und unterhaltende Veranstaltungen zu besuchen, sei es, daß mir dafür Freikarten oder im Preise wesentlich ermäßigte Einlaßkarten zur Verfügung gestellt wurden. Als alter Besucher der städtischen Bibliothek wäre es mir besonders schmerzlich gewesen, hätte ich infolge meiner geringen Mittel die

Kosten des Abonnements nicht mehr erschwngen können. Auch hier half der Verband, indem ich als Arbeitsloser und Mitglied des Verbandes nur den vierten Teil der sonst üblichen Sätze zu bezahlen brauchte. Die übrigbleibenden Pfennige für das Abonnement konnten aufgebracht werden, und Abtauende der besten Bücher und Zeitungen standen dem Arbeitslosen weiterhin zur Verfügung.

In der Zahlstelle, der ich angehöre, ist es Beschluß, den in den Versammlungen anwesenden arbeitslosen Mitgliedern jedesmal einige Mark sogenannte Zehrgeld zu geben, das natürlich eine besondere Form der Arbeitslosenunterstützung darstellt. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob eine solche Belohnung des Versammlungsbefuches nicht dazu angetan ist, Interesse für das Versammlungsleben zu erwecken, wo es aus gefinnungsmäßigen Gründen nur unzureichend vorhanden ist. Ich darf zwar behaupten, daß ich auch ohne dieses Zehrgeld die Versammlungen besucht hätte; aber dennoch habe ich dieses „Zehrgeld“ als eine angenehme Nebenerscheinung der Versammlungen betrachtet. Lassen wir bei den Arbeitslosen schon mal die Verquickung des Angenehmen mit dem Nützlichen gelten; im übrigen aber...

Ich wollte mit den vorstehenden Ausführungen der Kollegenschaft sagen, was mir persönlich der Verband während meiner Arbeitslosigkeit bedeutet hat. Aus räumlichen Gründen müßte ich manches unerwähnt lassen. Unerwähnt blieb z. B. die Hilfe, die mir durch den Verband bei Differenzen mit dem Arbeitsamt geleistet wurde, und andere Dinge mehr. Als Gesamtergebnis bleibt ohnedies festzustellen, daß ich jeden Kollegen bedauere, der arbeitslos und nicht Mitglied des Verbandes ist. Um den wirklichen Wert dieses starken, hilfreichen Rückhaltes in Zeiten der größten Not erkennen zu können, bedarf es natürlich eines maßvollen und vorurteilsfreien Urteils. Und der Bereitschaft, die tatsächliche Hilfe des Verbandes wenn auch ohne Überschwang, so doch gerechterweise anzuerkennen. Von dieser grundsätzlichen Haltung aus kann man zu keinem anderen Ergebnis kommen als diesem: Ich möchte nie arbeitslos sein und gleichzeitig die geistige und materielle Hilfe des Verbandes entbehren müssen.

Und wolle niemand vergessen: wer Treue hält, darf Treue fordern.

## Unterstützung der gewerkschaftsbezogenen Unternehmungen ist Pflicht der Mitglieder

Die Nachkriegszeit brachte der Arbeiterchaft auch Eigenbetriebe. Die im ADGB und in der AFA vereinigten Verbände haben eine Bank ins Leben gerufen, um die Gelder der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter besser zu verwerten. Diese Bank hat auch ein Fahrradwerk (Vindcarwerke) gegründet; die dem ADGB angehörenden Verbände sind dessen Aktionäre. Unser Verband ist am Vindcarwerk mit 50 000 M. Aktientkapital beteiligt. Aus dieser Entwicklung und Tatsache entspringt die Pflicht der Verbandsmitglieder, ihren Bedarf an Fahrrädern bei diesem Unternehmen zu decken. Verbandsmitglieder, die bei der Existenz eines Eigenunternehmens, in dem ihre Beiträge als Anlagekapital arbeiten, ihre Fahrräder anderswo kaufen, würden sich selbst ins Gesicht schlagen; sie würden auch entgegen den Beschlüssen des Verbandes und der Gewerkschaftsorgane handeln. Seit Jahrzehnten fordern die Gewerkschaften die Produktion entsprechend dem Bedarf, streben Eigenproduktion und seit längerer Zeit Wirtschaftsdemokratie an.

Was bedeuten diese Forderungen und Bestrebungen? Die organisierten Arbeiter wollen hineinwachsen in die Wirtschaft. Das ist aber nicht anders als durch praktische Mitarbeit im Wirtschaftsleben möglich. Man wollte 1919 sozialisieren. Großen Schwierigkeiten und unübersteigbaren Hindernissen sah sich die zu diesem Zweck eingesetzte Sozialisierungskommission gegenüber. Man ließ das Problem fallen. Vereinzelt beteiligte man sich an Unternehmungen oder gründete solche, wobei man mitten in die Wirtschaft gestellt wurde.

Ein solches Unternehmen sind die Vindcar-Fahradwerke in Lichtertrabe bei Berlin, die mit einer eingeseffenen Privatt Konkurrenz stark zu kämpfen haben. Das Unternehmen hat aber den Beweis der Existenzberechtigung und -möglichkeit erbracht. Die Jahresabschlüsse beweisen, daß ihm Lebenskraft innewohnt, daß es trotz der kapitalistischen Konkurrenz diese in den Schatten stellt. Das war bis jetzt nur möglich, weil diesem Unternehmen die Gewerkschaftsfunktionäre im Anschau der Produktion behilflich waren. Darin kann und muß noch mehr als bisher gesehen. Vor allem muß den Verbandsmitgliedern, die Fahrräder benötigen, plausibel gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, ihren Bedarf bei den Vindcarwerken zu decken, zumal die Vindcarwerke günstigere Lieferungs- und Zahlungsbedingungen leisten, als irgendeine Privatfabrik es weder kann noch tut. Die Vindcarwerke ver-

laufen gegen Bar- und gegen Abzahlung. Letzteres tun sie nur unter der Voraussetzung einer zweijährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung beim Verband, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind und daß die Ratenzahlungen auch sicher sind.

Die Verwalter der Niederlagen, deren die Vindcarwerke zahlreiche in allen Gebieten des Reiches haben, sind verpflichtet, für den Absatz auch in den Gewerkschaftsversammlungen und nach Möglichkeit auch in Betrieben zu werben. Daraus ergibt sich, daß man sie in den Versammlungen zu diesem Zweck auch zulassen muß, denn was hier verlangt wird, geschieht im Einverständnis auch unseres Verbandsvorstandes. Die Zulassung der Niederlagenverwalter in den Versammlungen ist natürlich nicht so zu verstehen, daß sie während der ganzen Dauer der Versammlungen anwesend sein oder diese sonst irgendwie beeinflussen sollen oder dürfen. Aber die Lieferungsbedingungen und Preise von Vindcarfahrrädern bedarf es Auslassungen hier nicht, das können die Ortsgruppen am Ort besser erfahren.

Rund 45 000 Fahrräder setzten die Vindcarwerke im Jahre 1929 um. Die Jahresrechnung basiert in Einnahmen und Ausgaben mit über 5 Millionen Mark, die Bilanz in Aktiva und Passiva weist 6 Millionen Mark aus. Über 200 Arbeiter sind zur Zeit beschäftigt, die weit bessere tariflich festgelegte Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben als ihre Kollegen in den Privatfahradwerken. Der Vindcarbetrieb wird technisch wie kaufmännisch musterfüchtig geleitet, was sich daraus ergibt, daß die darin arbeitenden Verbandselder mit 10 Proz. verzinst werden können.

All das zusammen verpflichtet die Mitglieder des Verbandes, nach bestem Können für die Erweiterung und die Festigung dieses Unternehmens zu wirken. Das schließt ein, daß auch Nichtverbandsmitglieder zum Kauf von Rädern aus den Werken gegen Barzahlung animiert werden müssen.

Die Geschäftsleitung der Vindcarwerke wird vielleicht nächstens einige bis jetzt selbständig gewesene Niederlagen schließen und an Stelle derer sogenannte Abnahmestellen setzen. Das darf aber nicht aufgefaßt werden, als ob das Unternehmen schlecht stehe. Dieses Arrangement ist vielmehr der Ausbuck zweckentsprechender Organisation, abgestellt auf bessere Rentabilität. Das Vindcarunternehmen ist, gesehen nach dem Geschäftsbericht und nach der Bilanz vom letzten Jahr, sehr gesund und lebensfähig. Ein sicherer Wechsel auf die Wirtschaftsdemokratie.

## Fortschritte und soziale Vererbung

Die Technische Messe in Leipzig ist der Spiegel der Technik. Was auf dem Gebiete der Technik Neues und Fortschrittliches erfunden und gestaltet wurde, hier ist es auf überfülllichem Raume zusammengestellt und bietet sich dem Interessierten zum Studium dar.

Im Surren und Stampfen der Maschinen verdrängt sich die Anzahl imponierender Einbrüche beinahe zwangsläufig zu dem Urteil, daß die deutsche Industrie mit gutem Erfolge Spitzenleistungen zu vollbringen vermag.

Das geschäftliche Ergebnis wird durchaus als sehr befriedigend bezeichnet, trotzdem die Voraussetzungen entgegengesetzt lauteten. Nicht nur aus dem Inlande, sondern auch aus dem Auslande sind über Erwarten große Aufträge ausgegeben worden. Die tranthafte Sucht zur Schwarzmalerei, von der die deutsche Unternehmervelt scheinbar unhelbar befallen ist, hat sich wieder einmal als unbegründet herausgestellt.

Zweifellos wird das gute Ergebnis der Messe auf die Entwicklung der Konjunktur lebend einwirken. Die umfangreichen Bestellungen, namentlich aus dem Auslande, werden zu einer gewissen Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Bekanntlich arbeitet sowohl der Großhandel als auch der Kleinhandel ohne große Lagerbestände, so daß die Produktion der in Leipzig bestellten Waren zahlreiche Neueinstellungen in der Industrie erforderlich machen wird.

In Leipzig waren die Mittel zur Mechanisierung der Handarbeit und raffiniert ausgearbeiteten Automatisierung der Maschinenarbeit mit erstaunlichen Leistungen vertreten. Man will die Handarbeit durch billige Maschinenarbeit ersetzen. Nicht das aus Amerika importierte Engelsingum der Band- und Fleckarbeit, das den besonderen Voraussetzungen und Erfordernissen der deutschen Wirtschaft nicht entsprach und deshalb nur in bescheidenem Umfange zur praktischen Anwendung gelangte, sondern Einzelleistungen, die den Produktionsprozess automatisieren und durch Ausschaltung menschlicher Arbeitskraft verbilligen, waren die große Grundrichtung der in Leipzig erkrankbaren technischen Entwicklung. Ganz eindeutig ging aus den ausgestellten Maschinen, Automaten, Apparaten usw. das zielbewußte Streben hervor, die Produktionsleistungen vermittels der Technik um ein Vielfaches zu steigern, die technischen Mittel zu liefern zur Ausschaltung der kostspieligeren Menschkraft.



Sehr deutlich trat dieses Streben in der Ausstellung der Druckmaschinenindustrie hervor.

Fast alle Werke sind dazu übergegangen, die Konstruktion der Anlageapparate wesentlich zu verbessern und ihre Anwendbarkeit für alle Maschinenkategorien zu sichern. Zweifellos sind auf diesem Gebiete derartige Fortschritte gemacht worden, daß die Gefahr weiterer Entlassungen leider in bedrohliche Nähe gerückt ist. Die Tatsache, daß für diese Erzeugnisse ein lebhaftes Interesse herrscht, und die auffällige Ausbeugung der einschlägigen Produktion muß als Bestätigung dieser Befürchtung angesehen werden. Desgleichen hat die Produktion der Druckmaschinen selbst in allen Gruppen beachtenswerte Fortschritte in der Richtung zur größeren Leistung gemacht. Daß auch dadurch die Arbeitslosigkeit zufließen erhalten wird, liegt auf der Hand.

Maschinen, Maschinen und abermals Maschinen; die Menschen gehen vor die Hunde. Diese Entwicklung birgt die allergrößten Gefahren in sich. Sie führt unfehlbar zu einer großen Katastrophe, wenn nicht rechtzeitig genug rettende Maßnahmen ergriffen werden.

Es gibt solcher Maßnahmen grundsätzlich nur zwei. Entweder erfahren die Waren eine derartige Verbilligung, daß der Absatz riesenhaft gesteigert wird, so daß Beschäftigung für alle vorhanden ist, oder die Arbeitszeit wird in einem solchen Maße verkürzt, daß Masseneinstellungen notwendig werden. Die Preispolitik der Kartelle, Kongerne und Trusts wird es verhindern, daß die Warenpreise gesenkt werden. Von dieser Seite aus wird keine Lösung zu erwarten sein. Die Lösung dieser gewaltigen Aufgabe bleibt den Gewerkschaften vorbehalten. Sie bewahren die arbeitende Klasse vor dem sicheren Untergang und verhindern blutigen Bürgerkrieg, wenn es ihnen gelingt, den Widerstand des Unternehmertums gegen jegliche Arbeitszeitverkürzung zu brechen.

Sollen die Arbeiter etwa in wesentlich verringerter Zahl täglich acht und mehr Stunden arbeiten, wenn die Leistung jedes einzelnen um ein Vielfaches erhöht wird? Sollen die Arbeiter resigniert dulden, daß an ihnen stetig und sicher wirkend wirtschaftlicher Mord verübt wird? Einzelne Menschen legen sich im Vorgefühl des nahenden Todes still in einen verlassenen Winkel, um das Ende zu erwarten; die proletarische Klasse wird eher ganze Klassen vernichten, als freiwillig sterben.

## Steuer-Dorado

In einer großen deutschen Handelszeitung finde ich in diesen Tagen folgendes Inserat:

**Wohnung in Berlin, im Bezirk Prenzlauer Berg, Dorado, beste Zugänglichkeit.** Schön gebautes Einfamilienhaus mit zehn Zimmern, Veranda und Badezimmer, großer Garten mit ertragreichen Obstbäumen, für ca. 80.000 M. samt Einrichtung zu verkaufen.

Kahn & Co., Zürich, Bahnhofstraße 78.

Das ist klar und deutlich Aufforderung zur Steuerflucht!

Zur Steuerflucht aus der deutschen Republik, die mit dem jährlichen Tribut des verlorenen Krieges belastet ist.

Haben wir doch auf lange Jahre nach dem Youngplan 1700 Millionen Goldmark an unsere ehemaligen Kriegsgegner zu bezahlen.

Bereits zu Methusalem's Zeiten war es so, daß das Land, das einen Krieg verlor, Tribut zahlen mußte.

Das erfahren schon zu ihrem Leidwesen die alten Hebräer, als sie unter dem Joch der Ägypter Frondienste leisten mußten, bis ihnen schließlich die Flucht durch das „Rote Meer“ gelang.

Auch wir Deutschen haben 1814 Tribute verlangt, als Blücher mit seinem Heer in Paris einzog, und 1870/71 waren die 6 Milliarden Goldfranken für den damaligen Krieg auch kein Pappenspiel!

Und bezahlt werden müssen diese Lasten. Das bedeutet mehr Steuern und mehr Abgaben. Wer nach einem verlorenen Kriege im Lande des Siegers oder bei am meisten profitierenden Neutralen leben kann, hat eben an den Tributen nicht mitzubedenken.

In die Länder der Sieger oder Neutralen kann aber nicht auswandern der Arme! Nicht der Arbeiter oder Bauer.

Sie sind zu sehr an die Scholle gebunden. Für die Reichen aber ist das Auswandern in den Zeiten des Bankrotts so kinderleicht gemacht.

Ein Scheid, über dem diagonal mit roter Tinte das Wort steht „Für Verrechnung“, ist in wenigen Minuten ausgefüllt, und Millionen wandern aus Deutschland nach dem Ausland.

Kongerne gründen Filialen in Rotterdam oder Kopenhagen oder Basel oder New York. Die Filialen kosten Geld, das wandert eben auf dem Wege des Verrechnungsscheins ins Ausland. Die Summe erscheint im deutschen Hauptbuch auf der Ausgabeite, und kein deutscher Steuerbeamter kann etwas dagegen machen.

Euphemistische Statistiker schämen das auf solche Weise ins Ausland gewanderte Kapital auf etwa 10 Goldmillarden. Es sind aber sicherlich mehr!

Sch verheere nicht in großkapitalistischen Kreisen, leben ziemlich zurückgezogen, aber von meinem Blickfeld aus kann ich ein paar Beispiele aufzählen:

### Der Munitionsfabrikant

Lebte da während des Krieges am Rhein ein gestrenger Herr Fabrikant. Rasch hatte er sich bei Kriegsbeginn auf die Produktion von Granaten und Schrapnells umgestellt. Als Metallmangel eintrat und allerdand Pfusch mit den Granaten gemacht wurde, sah er rechtzeitig das tragische Ende kommen. Prompt wurde schon während des Krieges seine Mutter nach der Schweiz geschickt. Die reichlichen Über-

schüsse aus der Fabrikfabrik wanderten ebenfalls nach dort. Und als der November 1918 kam und die Franzosen auf dem linksrheinischen Ufer einmarschierten, war der Herr Kommerzienrat längst über alle Berge in den Schweizer Bergen mit samt seiner teuren Wohnungseinrichtung, seinen wertvollen Gemälden und seinen Millionen.

Und lebt dort heute noch quetschhergnügt!

Er hatte ja mit schlechter Munition genug „am Vaterland“ verdient, warum sollte er nun auch noch den Tribut mitbezahlen?

Duß der Herr Kommerzienrat ein streng teufshnationaler Mann war, so recht von nationalem „Schrot und Korn“, versteht sich von selbst.

Das ist doch klar!

Und war und ist ein guter Christ! Kein Jude!

### Der Börsemaner

Ich weiß noch von einem Börsemaner, der nebenbei an einem einträglichem Großhandel beteiligt ist.

Was tat er?

Er taufte sich am Thuner See in der Schweiz eine Villa und überließ sie offiziell nach seinem neuen Heim. Inoffiziell ist er aber fast das ganze Jahr in Deutschland, wohnt bei seiner Mutter, die eine Fünfstümmmerwohnung besitzt, wo er ständiger Gast ist. Die Mutter lebt nur von den Renten, die der „brave“ Sohn ihr aus der Schweiz zukommen läßt. Selbstverständlich nur in solcher Höhe, daß die deutsche Steuerbehörde nichts oder wenig davon abbelommt.

Da, wie ich mir sagen ließe, Neuzuziehende in einigen Kantonen der Schweiz für einige Jahre vollkommen steuerfrei sind, so hat der gute Börsemaner durch seinen Umzug so viel an Steuern gespart, daß ihm die prächtige Villa am Thuner See eigentlich die deutsche Steuerbehörde bezahlt hat, weil er ja durch den Umzug nicht mehr sich am Kriegstribut beteiligen braucht.

Auch dieser Börsemaner ist ein guter Christ und national.

### Umzug der Großfirma

Eine Großfirma in Metall baut ihr deutsches Haus ab. Personal wird entlassen. Die Firma hat große Werke in Schweden, Australien usw. Die Hauptbuchhaltung war bisher in einer deutschen Stadt und soll nun nach Schweden verlegt werden.

Warum?

Weil in Schweden bedeutend weniger Steuern zu bezahlen sind.

Und der millionenreiche Schwiegerjohn, der in der Inflationszeit „noch und noch“ sich zusammenpekulierte, hat rechtzeitig 1923 die kommende Stabilisierung vorausgesehen. Er spekulierte glänzend und sitzt seit der Stabilisierung froh und munter in Paris.

Und die Leute sind so fromm und waren so einwandfrei „national“!

National wie der selbige Herr Stinnes, der schon zu Lebzeiten Hauptaktionär in ausländischen Gesellschaften, vor allem an verschiedenen Sociétés anonymes Frankreichs war.

### Verdächtige Inserate

Ist es dir, lieber Freund, nicht aufgefallen, daß in zahlreichen Zeitungen Deutschlands so häufig Inserate erscheinen, die „wundervolle Villen und Schöner“ im Ausland zum Kauf anbieten? Wie das Inserat an der Spitze dieser Zeilen eines ist? Das wenigstens das Signum unverfälschter Offenheit an der Stirne trägt. „Steuer-Dorado“!

Die Herren Häusermakler in Holland und der Schweiz wissen wohl, warum sie in deutschen Blättern solche Inserate aufgeben! Sie wissen, wo sie die Liebhaber für ihre Projekte zu suchen haben!

Solche Inserate wirkt du, lieber Freund, nicht finden in den Zeitungen der Arbeiter. Vorwiegend liegen sie in den großen Handelsblättern, die besonderen Wert legen auf die Berichte der Aktiengesellschaften und die Kursberichte.

So wandert durch tausend Kanäle deutsches Kapital, von deutschen Arbeitern und Angestellten erbracht, nach dem Ausland, und die deutsche Steuerbehörde sieht diesem Treiben machtlos zu.

Die im Kriege in der Heimat Unabkömmlichen Munitionsfabrikanten und die anderen Kriegs- und Inflationsgewinnern wissen, wie man gut lebt und möglichst wenig Steuern zahlt.

Und glaubt ihr Loren, die ihr heute wieder für Krieg und Militär schwärmt, daß es in einem künftigen Krieg anders sein wird?

Nicht nur im Krieg, auch im Frieden nach einem verlorenen Krieg ist der Prolet des Staats getreuerer Sohn, der sich von seinem niedrigen Lohn brav und treu seine zehn Prozent alle Woche oder alle Monat abziehen läßt, während die eigentlichen Profitreuer sich vor der Steuerpflicht zu drücken wissen.

Man lese nur die Aufsätze des konservativen preußischen Professors von Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“ vor dem Krieg nach, der sich nicht scheute, seinen großagrarischem Verwandten in Ostelbien nachzuweisen, daß diese trotz Luxusjacken auf der Duffsee und Rennschiffen keine 20 Mark Einkommensteuer bezahlten, dafür aber „national bis auf die Knochen“ sich gebeten.

Und erst die deutschen Fürsten mit ihrer Steuerfreiheit? Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

Ein Schauder überläuft einem ob solcher nationalifischer Verlogenheit und Heuchelei!

haupten. Und das kann wohl kaum ein Zufall sein. Vielmehr ist es wohl nur natürlich, daß der Mann, besonders unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen, andere Wohnbedürfnisse hat wie die Frau. Zum mindesten ist das so in den Schichten des gehobenen Mittelstandes, die als Käufer noch am ehesten Einfluß haben auf den Geschmack der Produktion.

Man hat viel über die verschiedene Biologie von Mann und Frau geschrieben. Man hat gemeint, sie sei ein für allemal durch den natürlichen Geschlechtsunterschied gegeben und unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Man hat umgekehrt auch nachzuweisen versucht, daß die Charaktereigenschaften, die wir heute als typisch männlich und typisch weiblich zu empfinden pflegen, ausschließlich ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse seien, und es sind Beispiele aus alten und ertötigten Verhältnissen angeführt worden, wo die Frauen die gesellschaftliche Herrschaft, zum Teil sogar einschließlich des Kriegswesens, in Händen hielten und dadurch alle die Eigenschaften an sich gehabt haben sollen, die man heute als die typisch männlichen annehmen pflegt. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen. Schon allein die stärkere Naturgebundenheit der Frau, wie sie sich in der monatlichen Periode und im Austragen und Gebären der Kinder zeigt, kann nicht ohne Einfluß auf den Charakter bleiben. Auch wenn die Frauen einer bestimmten Gesellschaft zu besonderer Härte gegen sich selbst von klein auf erzogen werden, und also den Schwächezuständen, die sich aus diesen Naturbindungen ergeben, verhältnismäßig wenig nachgeben müssen, so ist doch auch eben damit schon eine Bestimmung des Charakters gegeben — die zwar weit abweicht von der Vorstellung, die unsere Eltern von Frauenart hatten, dem Typus des heutigen Ertötens aber schon sehr viel näher steht, und jedenfalls noch lange nicht als etwas „Männliches“ bezeichnet werden kann.

Wie gesagt: die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen, das heißt, wie bei jedem einzelnen Menschen, so werden wohl auch bei den beiden Geschlechtern Naturanlage und gesellschaftlicher Einfluß immer sich zu einer Gemeinschaftswirkung verhalten, die nicht teillos in ihre einzelnen Teile aufgelöst werden kann. Und was man auch über die sogenannte Vermännlichung der Frau in unserer Zeit geschrieben hat: jeder Blick in neu eingerichtete Wohnungen aller Schichten und jede Auskunft des Verkaufspersonals, das mit dem Absatz von Möbeln und Einrichtungsgegenständen aller Art zu tun hat, beweisen jedenfalls, daß die Nachfrage der Frau von heute, auch der erwerbstätigen und der sporttreibenden Frau, in allen Dingen der Gestaltung ihrer näheren Umgebung deutlich beeinflusst ist von der weiblichen Naturgebundenheit. Während der Durchsicht der Männererfahrungsgemäß dem Aussehen der Wohnung verhältnismäßig gleichgültig gegenübersteht und sein sehr lebhaftes Bedürfnis nach all den Dingen zeigt, die man unter den Schlagworten „Behaglichkeit, Wärme, Schönheit“ zusammenfaßt, ist die Frau mehr oder weniger noch immer darauf aus, ihre Wohnräume, nötigenfalls auch mit bescheidenen Mitteln, „ein bißchen hübsch“ zu machen.

Für eine weitere Perspektive könnte man sich vielleicht einen Zustand ausmalen, der durch äußerste Gegenläufigkeit charakterisiert ist, die natürlich keineswegs die breite Masse der Wohnräume, sondern nur ihre am stärksten ausgeprägten Formungen kennzeichnen werden. Gegenläufige nämlich etwa in folgender Art: der Wohnraum des Mannes in äußerster Einfachheit, um nicht zu sagen Kümsternheit, ohne Schmuck, sachlich und zu irgendeiner privaten Arbeit, Lesen, Schreiben, Basteln, geeignet, freilich nicht ohne Bequemlichkeit. Der Wohnraum der Frau weicher, behaglicher, mit einigen von den kleinen Dingen, die den Frauen so wichtig sind, Blumen, ein paar Balen, farbige Decken und Kissen; geeignet weniger zur Arbeit, mehr als Empfangsraum für Gäste, besonders als Empfangsraum für den Mann als Ehemann oder Liebhaber, der im letzten Sinne vielleicht immer nur ein Gast der Frau ist, und der dies in einer Gesellschaft, die die Rechte und die Selbstständigkeit der Frau und des Kindes nicht nur juristisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial anerkennt und schützt, vielleicht immer mehr sein wird.

In einer solchen reinen Ausprägung der gegenläufigen Typen männlicher und weiblicher Wohnung ist wohl das Entwicklungsziel der heutigen Bewegung, mindestens als geistige Zielsetzung zu erblicken. Man erkennt leicht, daß hiermit auch der höhere Ausgleich der Gegensätze „schön“ und „zweckmäßig“ gegeben ist. Denn so wenig zwischen dem männlichen und dem weiblichen Prinzip in der Welt ein absoluter Gegensatz besteht, beide vielmehr in jedem einzelnen Menschen sich in verschiedenster Weise mischen — so wenig sind die hier aufgestellten Gegenläufige einer männlichen und einer weiblichen Wohnweise als absolute Gegensätze aufzufassen; weder brauchte die männliche unschön, noch die weibliche unweckmäßig zu sein. In einer von Gedanken der gesellschaftlichen Arbeit befreiten Gesellschaft wird kein Haus und keine Wohnung vor dem Urteil bestehen können, ohne zweckmäßig zu sein. Da aber der Sinn einer solchen Gesellschaft und das eigentliche Ziel des Sozialismus die Befreiung des Menschen durch gesellschaftliche Arbeit ist, so wird kein Haus und keine Wohnung als vollkommen zweckmäßig anerkannt werden, wenn nicht das Bedürfnis des Menschen nach Schönheit und Freude in die Zwecklegung aufgenommen und befriedigt ist.

## Warnung für Auswanderer

Während der letzten Monate werden von der „Allgemeinen Handelsmaatschappij voor Industrieeelen Producten“ durch Vermittlung der „International Commercial Publishing Company“ (beide mit Sitz in Rotterdam) in einer großen Anzahl von Blättern verschiedener Länder Annoncen bekanntgegeben, in denen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf hochbezahlte Stellen in den niederländischen Kolonien gelenkt wird. Ferner wird mitgeteilt, daß sich Interessenten für 30 Gulden per Jahr auf ein Stellenermittlungsblatt „De Indische Bemiddelingsbode“ abonnieren können. Die niederländische Polizei warnt das Publikum vor diesen Bekanntmachungen und speziell vor der Übersendung von Geld, das als verloren betrachtet werden müßte.

### Schmerz

„O mei, wenn im Paradies die Äpfel schon so teuer gewesen wär'n, nachd' hätten mir vielleicht heint no den Pfennig!“

# Aus den Zahlstellen

**Samburg.** In der Versammlung am 9. Mai berichtete Kollege Sellge, daß ankünftig unseres 40jährigen Stiftungsfestes neben dem gelamten Verbandsvorsitz Gäste aus Hannover, Berlin, Leipzig und Köln anwesend waren. Außerdem waren zahlreiche Kollegen aus dem Gau 10 erschienen. Alle Gäste brachten Glückwünsche und viele Wünsche für das neu eingerichtete Büro dar. Der Verbandsvorsitz machte der Zahlstelle ein Gedächtnis, das für einen guten Zweck Verwendung finden sollte. Dieses Geld wurde unter den Arbeitslosen aufgeteilt. Kollege Sellge sprach den herzlichsten Dank aus für alle Glückwünsche und Wünsche, die der Zahlstelle gemacht worden sind, und gelobt auch für die Zukunft die intensivste Mitarbeit in unserem Verbande. Weiter berichtete er, daß der Vorstand die Wahl des Revisors in der vorigen Versammlung listiert hat, da eine größere Anzahl von Stimmgeldern von einer Person ausgeführt waren. In der Distiktion wandte sich ein Teil der Kollegen gegen eine Neuwahl. Der größte Teil der Kollegen beschloß aber, die Neuwahl vorzunehmen. In der nachfolgenden Wahl wurde Kollege Blume mit 51 Stimmen gewählt. Die Tarifverhandlungen im Steindrud sind von Erfolg gewesen. Unser Steindrudtarif wurde genau so geändert wie der Buchdrucker-Richttarif, so daß unsere Steindrudkollegen dieselben tariflichen Verhältnisse haben wie die in Buchdruck beschäftigten. Die Versammlung nahm den Abschluß an. Zum Schluß erklärte Kollege Lohse die Gründe, die dazu geführt haben, das Lohnabkommen im Buchdruck nicht zu kündigen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Lohnabkommen unbedingt hätte geändert werden müssen.

**Hannover.** Mitgliederversammlung am 15. Mai 1930. Unter „Mittelungen“ verlas Kollege Spatuhl ein Schreiben an die Kundearbeiter, worin die Arbeiterkraft auf die günstigen Kaufbedingungen dieser Werte, die durch die Gewerkschaften aufgezogen sind, hingewiesen wird. Sodann gab Kollege Busse den Kassierbericht vom 1. Quartal. Einnahme und Ausgabe der Verbandskasse 19789,80 M. Einnahme der Ortskasse 15 997,55 M., Ausgabe 2629,01 M., so daß ein Kassienbestand am 1. April 1930 von 13 368,34 M. zu verzeichnen war. Die Invalidentasse hatte an Einnahme 1345,40 M., Ausgabe 276 M., so konnte ein Überfluß von 1069,40 M. an die Verbandskasse abgeführt werden. Der Mitgliederbestand am 1. April 1930 war 335 männliche, 654 weibliche, zusammen 989 Mitglieder. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Kollege Busse darauf hin, daß viele, besonders die verheirateten Frauen, nachdem sie ihre Unterstellungen besogen haben, ihre Mitgliedschaft fallen lassen. Redner machte nochmals darauf aufmerksam, daß bei einem Beitrag für vorläufig Abgemeldete von wöchentlich 20 Pf. es jedem möglich sei, seine Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. In der Distiktion sprach Kollege Spatuhl über die Interessenlosigkeit der Kollegen in wirtschaftlichen und politischen Fragen und machte besonders auf die Abbauanträge der neuen Regierung in der Sozialversicherung aufmerksam. Kollege Wiedrich erwähnte ebenfalls die Gleichgültigkeit der Mitglieder, denn das zeige der Besuch der Versammlung, wo diesen wichtigen Fragen viel zu wenig Interesse entgegengebracht wird. Unter „Verständenen“ sprach Kollege Spatuhl in längeren Ausführungen über den Umbau des Volksheims. Das Projekt soll mit einem Kostenaufwand von 160 000 M. durchgeführt werden. Die Kosten sollen von den Gewerkschaften als Darlehen zu 5 Proz. gegeben werden. Die Verzinsung wird durch einen Mietszuschlag von 5 Proz. für die Büroräume und durch Vermietung der Säle aufgebracht. In der Aussprache erklärten sich verschiedene Kollegen im Prinzip für den Umbau, doch gaben sie zu bedenken, daß die wirtschaftliche Lage es geraten erscheinen lasse, das Projekt bis auf eine Besserung der Wirtschaftslage hinauszuschieben. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, nach seinem Ermessen bei der maßgebenden Sitzung zu entscheiden. Der Vorstand beauftragte sich daher nochmals mit dem Problem und kam zu dem Entschluß, dem Beschluß des Ortsausschusses zuzustimmen, der dahin geht, mit dem Umbau noch ein Jahr zu warten. Dilem Beschluß trat die Mehrheit der Gewerkschaften bei.

**Hirschberg i. A.** Mitgliederversammlung am 10. Mai. Der Vorsitzende, Kollege Feige, begrüßte einleitend den Gauleiter, Kollegen Reinhold aus Breslau. Es wurde festgestellt, daß wiederum einige Kollegen zu dieser Versammlung nicht erschienen waren, ihr Ausbleiben auch nicht entschuldigend hatten. Um diesen Mängeln, welche die Interessen des Verbandes zu fördern nicht geeignet sind und geringe Kollegialität bezeugen, zu steuern, wurde in Erwägung gezogen, diese säumigen Kollegen auf ihr äußerst ungehöriges Verhalten energisch aufmerksam zu machen. Einem Kollegen, welcher längere Zeit krank und von der Krankenunterstützung ausgespart war, wurde eine einmalige Unterstützung aus lokalen Mitteln bewilligt. Eine Broschüre über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter dem Titel „Die Partei der Hyale“, herausgegeben vom Reichsminister Schwarz-Rot-Gold, wurde den Kollegen zur Bestellung empfohlen. Mit größtem Interesse wurde davon Kenntnis genommen, daß beabsichtigt ist, auch in diesem Jahre einen Ausflug zu veranstalten. Nach eingehenden Besprechungen wurde beschlossen, diesen Ausflug nach dem landwirtschaftlich schon gelagerten Städtchen Lahn mittels Omnibusse zu machen. Dadurch, daß Lahn als Ausflugsort gewählt wurde, ist auch den Kollegen in Mauer Gelegenheit gegeben, sich zu beteiligen. Dann nahm der Gauleiter, Kollege Reinhold, das Wort. Dieser gab zunächst einen Überblick über die schlechten wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse. Die Zahl der erwerbs- und arbeitslosen Frauen, Männer und Jünglinge, welche zur Zeit 3 1/2 Millionen Personen umfaßt, ist immer noch im Zunehmen begriffen. Es soll daraufgestellt werden, ob allein die Arbeitgeber diese überaus unglücklichen Arbeitsverhältnisse herausbeschwören haben. Zum mindesten ist aber — an ihrer Seite bisher nicht das geringste geschehen, um diese Mängel zu beheben. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die Arbeitgeber dadurch, daß sie durch allerhand Schikanen einen Druck auf die Arbeitnehmer auszuüben sich bestreben, letztere zwingen wollen, für niedrige Arbeitslöhne unter Herauslösung der Arbeitszeit fernherhin zu arbeiten. Ebenso ist die Arbeitgeber andauernd bemüht, den Arbeitnehmern die Ferien zunächst zu verzögern, um letztere später wieder ganz wegzulassen. Vor zwei Jahren hatten es die Arbeitgeber durchgesetzt, daß von der Ferienhöchsthöhe von zehn Tagen zwei Tage gekürzt wurden. Schon wiederum war vor kurzem von derselben Seite der Antrag gestellt worden, die Ferientage der Arbeitnehmer um weitere zwei Tage zu kürzen. Vorläufig haben wir es noch verhindern können, daß dieser Antrag nicht zur Durchführung gelangte;

es ist aber nicht vorauszuheben, ob nicht in nächster Zeit diese Bestrebungen der Arbeitgeber auf Rechtslosmachung der Arbeitnehmer wiederholt werden. Hiergegen muß mit größter Energie und Einmütigkeit angefaßt werden. Die uns bis jetzt zugestanden Löhne sollen wiederum dadurch gekürzt werden, indem man den Arbeitnehmern, Handwerkern und kleinen Geschäftleuten sowie den Angestellten die Aufbringung der Mehrtragabgaben des Staates durch Auferlegung von weiteren Abgaben aufzählt. Wie die letzten Tarifverhandlungen, bei welchen wir Erhöhung des Kotalzulages um 2 1/2 Proz., Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich sieben Stunden, letzteres aus dem Grunde, um den schon längere Zeit Arbeitslosen teilweise Beschäftigung zu verschaffen, gezeigt haben, haben die Arbeitgeber nicht das geringste Interesse daran und auch nicht den Willen, der Not der arbeitenden Bevölkerung entgegenzuwirken, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Selbst Persönlichkeiten, wie Professor Braun, welche von dem sozialen Elend sich zu überzeugen Gelegenheit hatten, haben mit ihren Vorstellungen bei den Unternehmern wegen Beteiligung oder mindestens Vinderung der wirtschaftlichen Notlage keine Unterstützung gefunden. Die arbeitende Bevölkerung soll eben immer den größeren Teil der Lasten und Abgaben allein aufbringen. Sofern aber nach dem jetzigen System, wonach die unteren Bevölkerungsschichten horrende hohe Abgaben leisten müssen, wogegen J. V. Direktoren bei großen Industrieunternehmen Phantasiegebäude beziehen, während ihre Abgaben verhältnismäßig gering sind, zumal sie für soziale Zwecke keine Beiträge zu zahlen brauchen — es sollen hier nur die Erwerbslosenunterstützungsbeiträge erwähnt sein —, weiter gewirkt wird, werden wir auf eine Besserung unserer überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sobald nicht zu rechnen haben. Wir müssen daher dauernd bemüht bleiben, unsere Interessen jetzt und fernerhin stets mit größter Energie so wahrzunehmen, daß unsere wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert, sondern auf eine solche Grundlage gebracht werden, daß uns eine einigermaßen erträgliche Existenz für alle Zeiten gesichert ist. Das aber kann nur durch unsere Organisation geschehen, die wir immer stärker machen müssen. Der Vorsitzende dankte dem Gauleiter für diesen überaus erhellenden und sachlichen Vortrag und schloß die Versammlung.

**Leipzig.** Am Sonnabend, dem 24. Mai, erfolgte die Eingliederung unseres J. V. schnell und unerwartet verstorbenen Kollegen und Jubilars Otto Rohland auf dem Südfriedhof. Es hatten sich eine große Anzahl von Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Genossen zur Trauerfeier eingefunden, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. War doch unser Otto Rohland eines der bestantesten und angesehensten Mitglieder unter der graphischen Hilfsarbeiterchaft, was auch in der Trauerrede des Genossen Theer besonders hervorgehoben wurde. Die große Anteilnahme war ein Zeichen der Anerkennung seines Wertes auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit sowie in der Partei und auch als Krankenkassenvertreter, wo er im vollen Maße stets seine Pflicht erfüllt hat. Vertreter unseres Gauvorsitzandes Leipzig legten als Zeichen ihrer Anteilnahme einen Kranz nieder, ebenso einen solchen im Namen unseres Verbandsvorsitzandes. Der Gauvorsitzand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wies ebenfalls auf seine Verdienste in der gegenseitigen Arbeit mit der Hilfsarbeiterchaft hin und legte als Zeichen der Anteilnahme einen Kranz in den Buchdruckerfarben nieder. Es folgten dann noch die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners, des Betriebsrates und der Hilfsarbeiter der Firma D. Spatier, die auch im Namen der Hilfsarbeiterung ihren Dank ausbrachten. Von allen Vertretern wurden seine Verdienste hervorgehoben, der Dank für die geleistete Arbeit und gelobt, in diesem Sinne die Arbeit weiterzuführen. Dann laut langsam der Satz in die Tiefe und wurde den Flammen übergeben.

## Rundschau

**Eine Urabstimmung über die Einführung der Invalidentunterstützung für Hilfsarbeiter** soll jetzt in Österreich durchgeführt werden. Die letzte Generalversammlung unseres österreichischen Bruderverbandes, dem Buchdrucker und Hilfsarbeiter angehören, hatte eine Kommission eingeleitet, die die Vorarbeiten für die Einführung dieser Unterstützungsart übertragen wurden. Zusammen mit der Verbandsleitung ist ein Vorschlag ausgearbeitet worden, dem die Mitgliedschaft in verschiedenen Versammlungen zugestimmt hat, und dem wir folgendes entnehmen: Die Mitglieder der 2. und 3. Beitragsklasse sollen für die Invalidentunterstützung wöchentlich einen Beitrag von einem Schilling bezahlen, der ein Jahr lang zur Bildung eines besonderen Fonds angeammelt wird. Die Mitglieder erhalten dann nach Vollendung des 60. Lebensjahres, wenn sie arbeitsunfähig sind, eine Unterstützung, die beträgt nach Leistung von 750 Wochenbeiträgen 25 Schilling, nach 1040 Beiträgen 40 Schilling und nach 1300 Wochenbeiträgen 60 Schilling monatlich. Dieser Vorschlag wurde den Mitgliedern der 2. und 3. Beitragsklasse (Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen) zur Urabstimmung vorgelegt, die sich bis 31. Mai zu entscheiden haben. Von dem Votum der Mitglieder wird der Vorstand keine Stellungnahme und seinen Beschluß über die Invalidentunterstützung für die Hilfsarbeiter abhängig machen.

**Der Arbeiterstenographenverband für das deutsche Sprachgebiet,** der Ostern 1926 durch die Verschmelzung der Arbeiterstenographenverbände für Stolze-Schrey, Steinographische, Nationalstenographie und Reichsstenographische als inter-systemale Einheitsorganisation aller deutschsprachigen Arbeiterstenographen gebildet worden ist, kann jetzt auf ein vierzigjähriges erfolgreiches Wirken zurückblicken. Eine kürzlich in Leipzig abgehaltene Gauleiterkonferenz legte Zeugnis ab von dem gefunden, vorwärtsdrängenden Geist, der diese Bildungsorganisation der kassenbewußten Arbeiterchaft erfüllt. Der Vorstand, der Anfang 1929 mit dem Sitz des Verbandes von Bremen nach Dresden verlegt wurde, war eifrig bemüht, unter Ausschaltung jedes Systemkampfes die Kurzschrift zu pflegen und in der Arbeiterchaft zu fördern. Das Verbandsgebiet war Ende 1929 in 14 Gauen eingeteilt, von denen bis jetzt 9 mit Gauleitungen besetzt sind. In 20 Städten befinden sich Ortsgruppen des Verbandes, in vielen anderen Orten wohnen Einzelmitglieder, die in der korrespondierenden Mitgliedschaft Leiter Hubert Hoff, München-Grabbach-Neuwert, Hoven 107) zusammengefaßt sind. Im vorigen Jahre haben 19 Ortsgruppen insgesamt 48 Anfangsleiter mit 860 Teilnehmern abgehalten. 12 Ortsgruppen veranstalteten 14 Wettbewerbe, an denen 234 Mitglieder teilnahmen. Außerdem wurden noch im Gau Rheinland-Westfalen 2 Gauwettbewerbe und im Gau Sachsen

ein Gruppenwettbewerb durchgeführt. Die im Verbandsorgan „Der Schriftgenosse“, der allmonatlich im Buchdruck mit stenographischen Fachbeiträgen für die verschiedenen Systeme erscheint, regelmäßig ausgeführten Monatsarbeiten fanden rege Beteiligung. Im Verbandsverlag sind für mehrere Systeme eigene Lehrbücher erschienen. Die Gauleiterkonferenz, an der Vertreter aus allen Gauen teilnahmen, beschloß, vor der Neuherausgabe des Verbandslehrbuchs die Meinung der Ortsgruppen einzuholen und deren Vorschläge bei der Revision zu berücksichtigen. Die Verbandsleitung soll nach bestimmten Grundrissen weiter ausgebaut und eine Prüfungsordnung für Ortsleiter soll ausgearbeitet werden. Der nächste Verbandstag wird Ostern 1932 stattfinden. Alle Arbeiterstenographen, die dem Verband noch nicht angehören, werden zum Beitritt dringend eingeladen. Verbandsvorsitzender ist Genosse Hugo Jädel, Dresden-N., Antonstraße 14.

## Literatur

„**Gesundheit**“, Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Gartentempel, Berliner Straße 137. Die 12. Nummer der „Gesundheit“ der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Krankenschwestern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes ist der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden gewidmet. Die Hülle des in leicht verständlicher und volkstümlicher Art behandelten Stoffes sollte jedes Ortskrankenkassenmitglied veranlassen, sich dieses Heft von seiner Hülle zu holen.

„**Volksgeundheit**“, Monatschrift für Gesundheitspflege, Gesundheitsreform und Volkserziehung mit der Beilage: Der steigende. Herausgeber: Verband Volksgeundheit, Dresden-A., Schleierhof 263. Preis im Vierteljahr 2 M., Einzelheft 80 Pf. zu beziehen durch die Post, Buchhandlungen und den Verband Volksgeundheit.

Von dem Hüblich, **Schub vor Antidota.** Wie ich mich vor „Geschlechtstranzen“ des bekannten Anarchisten Dr. Venuca, liegt das 71. bis 80. Jahrgang vor. Es wird besonders durch die Krankenkassen und höchsten Beratungsstellen verteilbar. Jeder über 16 J. durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Albert-Baumgarten in Berlin-Dahlemerweg bezogen werden. Hier ersehen von demselben Verfasser: „Beim Frauen nicht gebären“ Bedeutung und Methode der Empfängnisverhütung“, 81 Seiten mit 22 Abbildungen, Preis 1 M.

Das neue **Bücherkriterium**, das zweite Vierteljahrheft 1930, bringt auf 96 (1) Seiten in geschlossener Einheit von Text und Bild eine überreiche Fülle von Beiträgen zum Thema „Müssen und Abentener“. Die Bücherkriteriummitglieder erhalten das Heft als Gratisbeilage. Aber auch Nichtmitglieder können es zum Preise von 90 Pf. beim Bücherkreis O. m. b. G., Berlin SW 61, beziehen.

freigewerkschaftler fahren nur

# LINDCAR

Unternehmend. Gewerkschaften  
Kleinste Wochen- oder Monatsraten

## LINDCAR - FAHRADWERK

Berlin Lichtenrade.

**28 Groß-Niederlagen**  
Auskunft und Bestellungen durch alle  
Ortsausschüsse des ADGB.

Im blühenden Alter von 26 Jahren starb plötzlich  
am 23. Mai unsere gute Kollegin

**Silly Jante**  
geborene Weber  
(Firma: Hamburger Fremdenblatt)

Ehrendes Andenken bewahrt ihr  
Die Zahlstelle Hamburg

Unsere lieben Kollegen Otto Kreising und Braut  
gratulieren wir herzlich zur Vermählung.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Sieken.

Unsere lieben Kollegin Anne Mark und ihrem Bräutigam  
zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Zahlstelle Bohum.

**Abrechnungen**

In der Woche vom 26. bis 31. Mai sind die Abrechnungen  
des ersten Quartals für die Gawe: 1 aus Köln, 3 aus Stütt-  
gart, 7 aus Stettin und 7a aus Breslau bei der Hauptkasse  
eingegangen.

Geldsendungen kamen aus: Breslau 3661,10 M., Köln  
17 337,08 M., Stuttgart 7925,18 M.  
Berlin, den 31. Mai 1930. H. Lodaß.

Für die Woche vom 1. Juni bis 7. Juni ist die Beitrags-  
marke in das 23. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mit-  
gliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: E. Schulae, Charlottenburg,  
Reichsdruckerstraße 16, Fernruf: Amt Westend 1328. — Verlag:  
H. Lodaß, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckereigenschaft Gmb. & Co.,  
Berlin SW 61, Reichenstraße 6.